

**Universität Siegen**

**Die Globalisierung und ihre Ursprünge sowie Folgen**

**Von Prof. Dr. Jürgen Bellers**

**Siegen 2007**

## Die Globalisierung und ihre Ursprünge sowie Folgen

Seit jeher wird diskutiert, ob die Flagge dem Handel folgt oder der Handel der Flagge. Waren es erst die Händler, die in den fernen Landen der Übersee an Land gingen und Kolonien gründeten? Oder die Militärs (=Flagge)?

Wissenschaftshistorisch und theoretisch wurde (seit der Antike) und wird heutzutage weiterhin diese außenpolitische/wirtschaftliche Kontroverse anhand des Gegensatzes zwischen „Realismus“ und „Idealismus“ diskutiert (bzw. deren diversen Nachfolger und Versionen). Der realistische Ansatz behauptet hier, dass Politik und Macht - gegenwärtig vermittelt des Nationalstaates – die Wirtschaft (auch die heutige Weltwirtschaft) mehr oder weniger zu gestalten in der Lage sei. Denn das, was man seit Beginn der 1990er Jahre Globalisierung nennt und zu einer starken Ausdehnung von Handel, Direktinvestitionen, Devisentransaktionen usw. geführt hat, ist doch erst durch die von den staatlichen Regierungen in die Wege geleiteten Liberalisierung der Kapital- und Handelsmärkte, in der EG, durch die WTO, ermöglicht worden. Das kann auch prinzipiell wieder zurückgeschraubt werden, wenn sich die nationalen Interessenlagen ändern. Wir haben das 1914 und 1929 bereits einmal erlebt – und zwar in einer – seinerzeitigen – Weltwirtschaft, die damals durch den internationalen Welt-Währungsgoldstandard (Gold als Leitwährung) in gewisser Hinsicht globaler war als die heutige, die ja in verschiedene Währungsräume zerfallen ist (Dollar, Euro, Yen). Selbst in der doch hoch vergemeinschafteten EG betreiben u.a. Frankreich, Spanien und Großbritannien eine z.T. wirtschaftsnationalistische Politik, indem sie offen die Übernahme von Großbetrieben durch EG-Ausländer verhindern. Umgekehrt handelt Deutschland merkantilistisch, d.h. sie fördert einseitig und indirekt ihren Export (Exportüberschuss von mehr als 100 Mrd. Euro) zu Lasten der anderen Staaten, die ja unter einer analogen Verschuldung (Importüberschuss) leiden, und d.h. auch: sich abhängig machen. Auch die – trotz allem Geredes - faktische deutsche Niedriglohnpolitik (abgesehen von den Lohnnebenkosten) ist ein Beitrag zur merkantilistischen Offensive. In Deutschland sinken die Reallöhne seit Mitte der 90er Jahre. (vgl. Theorie des Neo-Merkantilismus nach Gilpin) Auch die Gewerkschaften machen das mit, da sie wissen, dass der Wohlfahrtsstaat nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn man in der weltweiten Konkurrenz der Staaten und Gesellschaften (Pisa! Elite-Universität, Technologieförderung) an der Spitze steht, zumindest überlebt.

Der internationale „Idealismus“ nach Kant oder auch „Globalismus“ genannt – die große Gegentheorie mit vielen Nachahmern – geht demgegenüber davon aus, dass sich Demokratien und Marktwirtschaften zunehmend politisch und wirtschaftlich verflechten: Bürger von Demokratien wollen (meist) keinen Krieg. Und Unternehmer produzieren weltweit dort und Migranten gehen dorthin, wo es am billigsten ist; wo das politische und Sozial-System stabil ist; wo eine gute Infrastruktur besteht (Ausbildung, Forschung, Verkehr); wo ein innovativer und optimistischer Geist herrscht; oder wo nicht alles überregelt ist. Kant und später Marx, die Liberalen und die Linke prognostizieren daher das Entstehen einer Weltgesellschaft mit „Weltbürgern“ (Kant) und einer „weltbürgerlichen“ Einstellung (Habermas), woraus mit der Zeit auch eine Art von weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Institutionen entstehen – mit den Aufgaben, die gemeinsamen Belange zu regeln. Der Streit geht gegenwärtig darum, inwieweit solche Institutionen, Bewusstseinslagen und Verflechtungen bereits bestehen. Liberale und Linke fordern sie allerdings mehr, als dass sie schon vorhanden wären. Denn nur wenige Angelegenheiten werden effektiv international geregelt: letztlich nur in den wirtschaftlichen Bereichen der EG, durch die WTO und über den Internationalen Währungsfonds, wenn dieser das Instrument der Verschuldung von Staaten als Sanktion einsetzen und damit bestimmte wirtschaftspolitische Aufgaben erzwingen kann. Schon die UN ist nur wenig durchsetzungsfähig: in der Wirtschaftspolitik gar nicht, in der Friedenssicherung zuweilen.

Betrachtet man die Frage: „Realismus versus Idealismus“ historisch, so waren es im Fall der englischen Kolonialbildung meist die Händler und deren Organisationen, insbesondere in Indien, die Kolonialstützpunkte weltweit verstreut erwarben - wobei jedoch die dort tätige Indian Company bald auch politisch und militärisch aktiv wurde. Die spanische Inbesitznahme Lateinamerikas erfolgte demgegenüber zunächst militärisch. Waren die Ursachen der Weltkriege auch wirtschaftlich? Wohl

nur zweitrangig, Hitler ging es primär um rassistische Weltherrschaftspläne (die Idee des „Lebensraumes im Osten“ wurde zwar auch wirtschaftlich begründet, aber das war nicht das zentrale Motiv.); und im Ersten Weltkrieg kämpften die Mächte um die Vorrangstellung im internationalen System.

Was das neue Weltwirtschaftssystem nach 1945 betrifft, so war und ist es zunächst politisch bedingt gewesen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass für die liberalen und marktwirtschaftlichen USA, der übermächtigen Imperialmacht nach 1945, politisches und wirtschaftliches Denken gar nicht so einfach zu trennen sind, wie es lange Zeit in der kontinentaleuropäischen Philosophie üblich war (Bodin: staatliche Souveränität oberhalb der Gesellschaft; Hegel: liberale Gesellschaft/Wirtschaft versus autoritären Staat, z.B.) Für das angelsächsische Denken ist der „Normalfall“ die möglichst selbständige Gesellschaft der Wirtschaftsbürger, die frei miteinander handeln und Handel treiben. Der Staat ist nur für den Notfall da und nach Möglichkeit zu minimieren. Dieser Vorstellung ist – wenn man so will. – das Wirtschaften immer vorrangig. Und so entschied dann auch die amerikanischen Administrationen seit 1944: die neue, nachfaschistische Weltordnung sollte durch große weltwirtschaftliche Organisationen strukturiert sein. (=> IWF, Weltbank, GATT/WTO) – neben der UN, die die Beziehungen zwischen den Staaten möglichst friedlich gestalten sollte. Für die Amerikaner war und ist die weltweite Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie etwas Selbstverständliches, bei dem sie davon ausgehen, dass es dem Willen aller entspreche. Infolgedessen installierte man – soweit man konnte – in Westeuropa marktwirtschaftliche Demokratie, so wie das die Vereinigten Staaten heute auch im Irak tun. Demokratie und Markt hängen in dieser Sicht eng zusammen, da beide den freien Bürger voraussetzen und benötigen.

Dass die USA in einer solchen Weltordnung angesichts ihrer ökonomischen Potenz dominieren würden, war offensichtlich. U.a. deshalb lehnte die UdSSR das Konzept auch ab und gründete aus politischen Gründen in ihrem Ostblock quasi eine eigene Weltwirtschaft, die über den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Comecon) durch Abstimmung der nationalen Wirtschaftspläne – unter Moskaus Kontrolle – organisiert war. Stabilisiert wurde diese ökonomische Abhängigkeit durch die militärische Präsenz Moskaus in allen Ostblockstaaten („Warschauer Pakt“). Mehrere militärische (Halb-)Interventionen dieser russisch gesteuerten Armeen in die Innenpolitiken der kommunistischen Staaten (1953, 1968, 1982) zeigen, dass der Ostblock primär politisch zusammengeschweißt wurde

Dass im Gegensatz hierzu die Amerikaner eher ökonomisch denken und herrschen, zeigen die Eigendynamiken des von ihnen errichteten Weltwirtschaftssystems. Zwar banden sie die Verbündeten in Westeuropa vor allem durch ökonomische Vorteile an ihr System (Marshall-Plan), sie waren und sie sind aber auch bereit, die Konsequenzen einer solchen ökonomischen Bindung zu akzeptieren, wenn sie sich gegen sie wenden. So haben die USA in den 50er Jahren die Schaffung europäischer Integrationsformen stark gefördert, anfangs sogar über die OEEC mehr oder weniger erzwungen, um so ein Gegengewicht gegen den kommunistischen Block zu bilden; dabei waren sie sich durchaus bewusst, dass sie hier auch einen wirtschaftlichen und evt. sogar politischen Konkurrenten heranzüchteten. Frankreich scherte dann ja auch z.B. unter de Gaulle aus der Partnerschaft mit den USA aus.

Nach 1990 wurde dieses 1945 grundlegende politisch-ökonomische System kapitalistische Art weltweit ausgedehnt, weil der Kommunismus schlicht und einfach ökonomisch zusammengebrochen war – auch angesichts des hohen Lebensstandards, angesichts dessen die Menschen im Osten offensichtlich schlecht abschnitten. Die amerikanische Herrschaft beruht auf dieser ökonomischen Basis (Effektivität der Wirtschaft) und der Attraktivität von Demokratie (Vorteile durch politische Selbstbestimmung).

Große Staaten und Gesellschaften wie die USA können weitgehend auf die zu ihren Gunsten wirkende ökonomische und gesellschaftliche Attraktivität vertrauen (die rebellischen Studenten in China bauten 1990 eine Freiheitsstatue auf!), was Kriege im einzelnen nicht ausschließt. Kleinstaaten und Mittelmächte (wie Deutschland) sind demgegenüber nicht in der Lage, ihre ökonomische Potenz derart unvermittelt in politische Macht umzusetzen. Sie wirken auch nicht als Vorbilds-Gesellschaft (wie die USA in vielen Teilen der Welt). Zur Behauptung im internationalen System bedarf es vielmehr des politischen Einsatzes, der Diplomatie, des Verhandelns, vor allem im Verbund der EU-Staaten, der die Mitglieder durch Gemeinsamkeit stärkt. Die wirtschaftliche Stärke hilft der Bundesrepublik dabei nur

indirekt. Nur selten bringt es etwas, damit zu drohen, die Entwicklungshilfe einzustellen, wenn ein Staat nicht so will, wie man will. Das läuft eher wie bei der Bestechung: Man zahlt nicht für eine bestimmte Leistung des anderen, sondern man zahlt ständig, um ein dauerhaftes Klima der „Freundschaft“ und Abhängigkeit zu schaffen. Ähnlich funktioniert der deutsche Einfluss in der EU, deren Haushalt von ihr zu einem Drittel bestritten wird.

Auch die außenwirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik mit einem Exportüberschuss von rd. 100 Mrd. Euro ist nur begrenzt politisch instrumentalisierbar. Denn die deutschen Exporteure sind abhängig davon, dass ihnen die Weltmärkte geöffnet werden; die Importeure können notfalls auch auf andere Liefernationen zurückgreifen. Ohnehin bedeutet der deutsche Exportüberschuss ja auch, dass die Kunden deutscher Waren in einen Importüberschuss geraten, d.h. sich verschulden. Schuldabhängigkeit kann man zwar nun politisch nutzen, aber auch das eher gering, große Staaten wie Russland lassen sich nicht erpressen. Außerdem besteht immer, dass der Schuldner mit Protektionismus reagiert, d.h. deutsche Produkte gar nicht mehr reinlässt.

Allerdings kann Politik zum „Gefangenen“ wirtschaftlich intensiver Beziehungen zu einem anderen Staat werden, so in der deutschen Geschichte z.B. des öfteren bei den sog. „Russlandgeschäften“ (1932, 1982 ff.), als bis zu 10% der Gesamtexporte in die Sowjetunion gingen und die Regierungen drohten, keine eigenständige Politik gegenüber dem Kommunismus mehr betreiben zu können. Aber solche Abhängigkeiten sind nicht absolut, Politiker können sich aus ihnen lösen, wenn sie die Nachteile (weniger Exporte) in Kauf zu nehmen bereit sind.

#### Interessenvertretung und politische Einflussnahme in der Außenwirtschaftspolitik

Je nach Organisationsgrad und je nach Branchenstruktur einer nationalen Ökonomie, ist der Grad politischer Einflussnahme außenwirtschaftlicher Interessen, insbesondere von Verbänden, unterschiedlich. In Volkswirtschaften mit Industrien oder Agrarwirtschaften, die nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, können sich wahrscheinlich eher protektionistische Interessen durchsetzen, die den Markt gegen die gefährliche Konkurrenz abschotten wollen (z.B. so lange Zeit in Frankreich; oder in vielen Entwicklungsländern bis in die 90er Jahre hinein; oder so auch Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik, als die Schwerindustrie des Ruhrgebietes noch starken Einfluss hatte, die ihre Absatzmärkte vor allem im Binnenland fand, unterstützt vom ostelbischen Großgrundbesitz, der gegenüber der großflächigen argentinischen und nordamerikanischen Getreideproduktion preislich nicht bestehen konnte.)

Die heutige Bundesrepublik ist mit diesen altindustriellen und altagrarischen Gebieten nicht mehr belastet: das Ruhrgebiet wurde mehr oder weniger zu einer Dienstleistungsgesellschaft umstrukturiert; Ostdeutschland desindustrialisiert; und den ostelbischen Großgrundbesitz hatte man ohnehin schon 1945 an Polen verloren. Was blieb, waren und sind vor allem hoch spezialisierte, hoch technologisierte, oft mittelständische Betriebe, die – oft Marktführer – sehr flexibel auf Nachfragen des Weltmarktes – vor allem im Maschinenbau – reagieren können – so z.B. im Siegerland oder in Baden-Württemberg. Daneben gibt es eine Reihe von Weltkonzernen (Mercedes, Siemens z.B.), die zu ihrer Interessendurchsetzung oft keinen Verband benötigen, sondern den direkten Draht zum Kanzler haben.

Aber auch für die zahlreichen exportorientierten klein- und Mittelständischen Betriebe ist die Interessenvertretung nicht schwer. Zwar gibt es den sicherlich nicht unbedeutenden Bundesverband der deutschen Industrie, oder den Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, die beide insbesondere auch personell eng mit der CDU/CSU verbunden sind. Aber das ist nicht der entscheidende Wirkungsmechanismus. Am wirksamsten wirkt die kollektive Vorstellung und gesamtwirtschaftliche Tatsache, dass sich Deutschland nach 1945 von einem Militär- in einen Handelsstaat gewandelt hat. Mindestens ein Drittel unseres Bruttosozialproduktes, mit Vorprodukten sogar die Hälfte werden im und durch den Außenhandel verdient. Nur mit den Exportüberschüssen können wir alljährlich der Deutschen Tourismus finanzieren. Hier darf es gar keiner Argumente mehr, es ist offensichtlich, dass wir vom Außenhandel leben. Wenn man es zuspitzt: Die Staatsräson der Bundesrepublik ist der Export. Einige führen die vorsichtige, nach Möglichkeit zumeist Konfrontation vermeidende Außenpolitik Deutschlands – seit 1990 zwischen Ost und West, Nord und Süd – nicht nur auf das Trauma des 2. Weltkrieges, der Gräueltat des Nationalsozialismus und der (befreienden) Niederlage von 1945 zurück, sondern auch auf die Notwendigkeit, dass der, der überall und weltweit

Kunden hat, zu allen freundlich sein muß. In den 70er und 80er Jahren, in der Zeit von Außenminister Genscher nannten die USA das kritisch „Genscherismus“ und meinten damit das deutsche Bemühen, sich allseits lieb-Kind zu machen, selbst beim kommunistischen Systemfeind.

Dementsprechend war die Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierungen, gleichgültig, welcher Couleur, ausgerichtet. Das Außenwirtschaftsgesetz von 1961 ist sehr freihändlerisch ausgestaltet, enthält allerdings aber den Schutz für einige Branchen: Luftfahrt, Agrarpolitik, Kohle, Textilien, der von der EG-Handelspolitik seit den 60er Jahren übernommen wurde. Seit den 70er Jahren gibt es ohnehin kaum noch eine eigenständige, deutsche Außenhandelspolitik, vor allem die Zölle werden seitdem von der EG-Kommission auf der Basis von Vorgaben des EG-Ministerrates festgelegt oder mit anderen Staaten vereinbart – oft nach Maßgabe der protektionistischen Tradition der französischen Außenwirtschaftspolitik. Protektionismus ist um so leichter, weil die von der Auslandskonkurrenz betroffenen Industrien sehr spezifisch und konzentriert Druck ausüben können (Demonstrationen von Bergarbeitern), während die oft breite Mehrheit der freihändlerischen Industrien und der ohnehin an niedrigeren Preisen von Auslandswaren interessierten Konsumenten so diffus in ihren Interessen sind, dass sie wenig einflussreich sind und sogar zuweilen auf „buy British“- oder „Kaufe deutsch“-Kampagnen reagieren – so erst kürzlich der bayrische Wirtschaftsminister, der zum Boykott ausländischer Handys aufrief.

Auch der DGB war und ist im Prinzip stets freihändlerisch orientiert, auch wenn zuweilen protektionistische Forderungen nach außen hin vertreten wurden (z.B. versteckt in der Forderung nach Sozialklauseln für den Außenhandel, die für die exportierenden Billiglohnländer sozial adäquate Bedingungen in den dortigen Exportbetrieben fordern, damit aber indirekt auch deren Preise erhöhen und somit ggf. als Konkurrenz für die deutschen Betriebe und deren Arbeitnehmer ausschalten.)

Die Gewerkschaften in den Aufsichtsräten trugen beispielsweise die für Arbeitnehmer oft einschneidenden Umstrukturierungen im Ruhr- und anderen Krisengebieten mit, zumal sie wissen, dass freie Importe die Preise aller Produkte im Interesse der unteren Einkommensschichten senken.

Einzelne Verbände und Einzelgewerkschaften können natürlich – wenn sie sich von der besseren und/oder billigeren Weltmarktkonkurrenz bedroht sehen - sehr protektionistisch sein, können sich als Einzelinteresse aber nicht immer durchsetzen, zumal die entscheidende Ministerialbürokratie des Bundes nur mit den Großverbänden (BDI, DGB usw.) verhandeln, die solche Einzelinteressen einschließen und eindämmen können.

Einzelbeispiele zeigen den starken Einfluss der Außenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Bis in die 70er Jahre hinein war die DM unterbewertet, was so von den West-Alliierten 1949 festgelegt worden war. Das verbilligte und forcierte so den Export, so dass sich die Nachbarstaaten über eine Überschwemmung ihrer Märkte mit deutschen Produkten beschwerten und indirekt auch mit Einfuhrbeschränkungen drohten. Die Bundesregierungen empfahl diesen Ländern dann, doch zu sparen und nicht so viel aus Deutschland zu importieren. Das konnte man angesichts der ausländischen Kritik nur begrenzt durchhalten, so dass die DM 1961 und 1969 – wenn auch nur begrenzt – widerwillig aufgewertet werden musste, gegen den erheblichen Widerstand der Außenwirtschaft. Durch die Freigabe der Wechselkurse (Floaten) seit Anfang der 70er Jahre wertete die DM dann auf den Devisenmärkten insgesamt um mehr als 50% auf, was mit eine Ursache für die langjährige strukturelle Krise der deutschen Wirtschaft nach der Erdölpreiskrise seit 1973 war. Zu lange konnten sich die Industrien hinter der niedrig bewerteten DM und durch die billigen Gastarbeiter geschützt fühlen und unterließen daher die erforderlichen technologischen Innovationen.

Auch im „Osthandel“ ist z.T. eine bevorzugte Behandlung der Exportinteressen festzustellen. Schon in der Zeit der Weimarer Republik hatte Außenminister aus außenpolitischen Gründen gerne gesehen, dass der „Russlandhandel“ ausgebaut wurde. Die Nazis brachen ihn 1933 abrupt ab. Aber in der neu gegründeten Bundesrepublik suchten die Industriellen frühzeitig – unterstützt von Bundeswirtschaftsminister Erhard – neue Kontakte in den kommunistischen Ostblock, die Adenauer jedoch aus Gründen der außenpolitischen Abgrenzung erfolgreich zu bremsen suchte. Erst gegen politische Konzessionen wurde Ende der 50er Jahre ein deutsch-sowjetischer Handelsvertrag vereinbart – trotz gleichzeitiger Krise um Berlin. Schon früh war der „Russlandausschuss“ der deutschen Wirtschaft in der Bundesrepublik als „Ostauschuß“ beim BDI und DIHT wieder gegründet worden, der unter seinem einflussreichen Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen sehr einflussreich

war. Die Ostpolitik von Brandt und Scheel brachte in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine Steigerung des gesamten Handels mit dem Ostblock auf 5% des Gesamtexportes mit sich. Angesichts dieses insgesamt doch geringen Anteils ist aber auch die marxistische These falsch, die Ostpolitik sei durch Osthandelsinteressen bedingt gewesen. Erste Zeichen des neuen kalten Krieges der 80er Jahre und die Devisenknappheit der Ost-Staaten ließen den Osthandel in der zweiten Hälfte der 70er Jahre stagnieren. Die USA unter Reagan versuchten 1982, das deutsch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft zu verhindern, die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP realisierte es dennoch, weniger aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil man mit Rücksicht auf die Deutschen in der „DDR“ den Kontakt nach Moskau nicht ganz abbrechen wollte. Mit der Wiedervereinigung und den erheblichen Zahlungen und Krediten Deutschlands an Russland setzte sich dieser Trend fort.

Ein drittes Beispiel für die Exportorientierung Deutschlands ist das Hermes-Exportkredit-Versicherungssystem. Darüber können sich exportierende Unternehmen die Kredite zur Finanzierung der Exporte gegen Schäden (Pleiten der Abnehmer, Nichtabnahme der Produkte) versichern, denn in der internationalen Konkurrenz von heute werden oft nicht nur die Waren geliefert, sondern auch die Kredite, mit denen die ausländischen Abnehmer diese Waren zahlen können. Und die dafür von den deutschen Exporteuren aufgenommenen Kredite der (staatlichen) Kreditanstalt für Aufbau und der Ausfuhrkreditanstalt kann man bei der privaten Hermes AG versichern lassen, falls sie nicht zurückgezahlt werden, und zwar so versichert, daß die Bundesregierung wiederum die Hermes AG rückversichert, ohne dass auf längere Frist die staatlichen Ausgaben die Einnahmen durch Gebühren überschreiten. Denn eine (indirekte) staatliche Subventionierung und dadurch entstehende Wettbewerbsverzerrung ist über eine OECD-Vereinbarung verboten. Denn eine derartige, nicht subventionistische Versicherung ist auch in anderen Industriestaaten üblich.

#### Nord-Süd-Konflikt

Für das westliche Deutschland nach 1945 ist „Globalisierung“ nichts Neues: Die deutsche Wirtschaft war und ist vor allem insbesondere auf West- und seit 1990 auch auf Osteuropa ausgerichtet; auf Nordamerika und zunehmend wieder auf Lateinamerika, dessen Anteil am Welthandel zunächst nach 1945 wegen Import ersetzender Binnenorientierung des Kontinents von 15% vor dem 2. Weltkrieg auf 8% nach ihm gesunken war. Im vormals britischen und französischen Schwarz-Afrika ist Deutschland traditionell kaum vertreten, zumal es am Welthandel nur mit 1% teilnimmt. Wenn etwas globalisiert wurde, dann ist es das (z.T. verspätete) Vordringen der deutschen Industrie in die rapide sich entwickelnden Schwellenländer Nord- und Südostasiens und nach Indien. Selbst die Globalisierung im Sinne der Pisa-Vergleichsstudie zu Beginn des neuen Jahrhunderts ist nichts Neues, denn schon in den 60er Jahren redete man von der deutschen „Bildungskatastrophe“ (G. Picht) auf der Grundlage eines Vergleichs von OECD-Staaten und argumentierte, dass man nur dann exportfähig bleibe, wenn man mehr Schüler höher und besser für die sich immer mehr technologisierenden Exportgüter (vor allem Maschinen) ausbilde – wie heute.

Auch die Nord-Süd-Konflikte waren am stärksten in den 70er Jahren, als die 3. Welt zusammen mit dem kommunistischen Ostblock die Regeln des Welthandels im Sinne einer (staatlichen) Regulierung des Welthandels und der Weltfinanzen über die UN und die UNCTAD zu ändern versuchte - vergeblich, da die Verschuldung die Entwicklungs- und kommunistischen Länder seit den 80ern aktionsunfähig machte und den Ostblock untergehen ließ.

Aufgrund dieser Lage konnte der internationale Freihandel seit den 90ern z.T. brutal und rigoros über den GATT und die WTO (=> Kap. X.1) durchgesetzt werden – zu Gunsten der exportstarken Staaten wie Deutschland, aber z.B. auch Brasiliens mit der starken, hoch technologisierten Agrarexportindustrie, aber zu Lasten der armen Länder und deren nicht konkurrenzfähigen Branchen, die auf dem Weltmarkt und gegenüber der vordringenden Konkurrenz nicht bestehen konnten. Gegenwärtig läuft ein Prozess der weltweiten Umstrukturierung ab, u.a. bedingt durch diese internationale Konkurrenz:

Von dieser Umstrukturierung profitieren die altindustrialisierten Länder, auch die großen neu industrialisierten Zentren wie China oder Südafrika, die vor allem an der Liberalisierung der internationalen Zucker- und Textilmärkte gewinnen und ihre umfangreichen Produktmengen auf diesen Gebieten auf die Weltmärkte werfen, um so die weniger rentablen Produktionen z.B. Afrikas zu

verdrängen. Auch in Bereichen von halb- und voll verarbeiteten Produkten sind Mexiko, Süd-Korea oder Taiwan wettbewerbsfähig.

Die Altindustrialisierten entwickeln sich zu High-Tech- und Dienstleistungsanbietern, stoßen ihre alten und Umwelt verschmutzenden Industrien zunehmend ab und konzentrieren sich auf hochtechnologische Spezial- und Feinverarbeitung z.B. von Metallfertigungen im Siegerland oder Sondermaschinen in Baden-Württemberg. Der Industrialisierungsgrad sinkt auf langfristig 30%, von einer vollständigen Deindustrialisierung kann aber nicht die Rede sein.

Die Leidtragenden sind vorerst vorrangig die Landbevölkerungen Afrikas, Teilen des islamischen Raumes und des ländlichen Sektors in Indien. Denn das Vordringen von industriell arbeitenden Agro-Großkonzernen rationalisiert und mechanisiert die landwirtschaftliche Produktion derart, dass die einheimische Bevölkerung zum Großteil arbeitslos wird, ihre vormalige Überlebensmöglichkeit durch Selbstversorgung verliert und in die Slums der Megastädte abwandert, wo sie oft nur - im Existenzminimum – als billige Arbeitskräfte im Dienstleistungs- und Industriesektor überleben. Auch wenn sich im Süden der Prozess der Industrialisierung wie im nordatlantischen Raum entwickeln und zu einer Wohlstandsgesellschaft führen sollte (was nicht gewiss ist), so bedeutet das doch ein Jahrhundert von Elend und Tod für die betroffenen Armen (wie eben früher im Norden auch). Ob das die weltweite Liberalisierung wert ist, wird allerdings nur noch von der katholischen Kirche und von einer Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen in Frage gestellt.

Durch die Expansion dieser „neuen Großen“ kommt es auch zu erheblichen Engpässen auf den Welt-Öl- und Stahlmärkten, die durchaus zukünftig politische Konflikte verursachen können. (siehe unten)

Entwicklungspolitik kann hier nur begrenzt – vielleicht als eine Art von internationaler „Sozialhilfe“ - wirken, bedenkt man allein ihren Umfang: fast 4 Mrd. Euro jährlich in Deutschland seitens der Bundesregierung und weltweit rd. 60 Mrd. Euro (2005). Mit solchen Krediten und Schenkungen (über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/M.), „technischen Hilfen“ (z.B. Straßenbau durch deutsche Experten) und Ausbildungshilfen sind wohl einige wenige Impulse zu geben, gesellschaftliche Entwicklungen kann man so ohnehin nicht „steuern“, wenn das überhaupt gewollt ist. So ist daher auch die industrielle Modernisierung entgegen allen Erwartungen seit den 1980er Jahren in Südostasien gelungen (wohl wegen der dort gegebenen, traditionellen staatlichen Stabilität und Berechenbarkeit), während die Industrialisierung in Lateinamerika überraschend in einer hohen internationalen Verschuldung endete und erst gegenwärtig wieder in Gang kommt. Allein Mexiko war Anfang der 80er mit mehr als 100 Mrd. \$ verschuldet und drohte zeitweise das gesamte Weltwirtschaftssystem zu erschüttern. Gerade in Mexiko waren Staat und Wirtschaft klientelistisch und korrupt so eng verbunden und durch hohe Zölle vor der Weltmarktkonkurrenz geschützt, dass sie beide vor sich hin verrotteten, immer mehr an Produktivität verloren, Schulden anhäuften und letztlich allen schadeten, so dass nur noch eine weitgehende Liberalisierung und Entstaatlichung der Wirtschaft helfen konnte – mit all den auch negativen Folgen wie einer Verarmung vor allem der unteren Mittelschichten. Entscheidend für Entwicklung sind wahrscheinlich folgende Faktoren:

- a) Die Eliten wollen es und investieren auch im eigenen Land (anstatt ihr Geld ins Ausland zu retten).
- b) Der Staat schafft ein Mindestmaß an Sicherheit (wenig Kriminalität, keine Inflation u.a.), die auch riskante Investitionen in Großprojekte privaten, in- oder ausländischen Interessenten als langfristig profitabel erscheinen lassen.
- c) kein Bürgerkrieg, ein gewisses Mindestmaß an gesellschaftlichem Zusammenhalt (z.B. eine Sprache).

Weltfaktorenmärkte (Faktoren: Arbeitskräfte, Rohstoffe, Kapital, Devisen) und internationale Machtstrukturen

#### Migration

Einige Daten zur Wanderung: Deutschland hat gegenwärtig eine Nettozuwanderung von 200000 Zuwanderern jedes Jahr. Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN registriert rd. 40 Mio. Flüchtlinge weltweit, wahrscheinlich sind es mehr, da hier nur die grenzüberschreitenden Flüchtlingsbewegungen erfasst werden. In der EU ist andererseits die Arbeitsmigration vergleichsweise gering (weniger als 2%

der Bevölkerung), nur im Ost-West-Verhältnis, z.B. zwischen Polen und Deutschland, ist sie höher, vor allem informell, da für polnische Arbeitnehmer die (formelle) Freizügigkeit von der Bundesregierung noch nicht eingeführt wurde. Erwünscht ist letztlich nur die Einwanderung von Hochqualifizierten (auch in den USA), die auch gefördert wird und die jeweilige Volkswirtschaft stärkt, die des Abwanderungslandes jedoch schwächt („brain drain“). Um so stärker ist die kaum statistisch erfassbare Schwarzarbeit von Polen insbesondere auf dem boomenden Bauplatz Berlins und dessen Umgebung. Weltweit schätzt die Internationale Arbeitsmigration die Arbeitswanderung auf 150 Mio.

Weltweit kommt die Zahl internationaler Arbeitsmigranten auf rd. 150 – 200 Millionen (davon alleine 30 Mio. in den USA). Es gibt aber kaum interkontinentale Migrationen, im Wesentlichen ist sie auf benachbarte Länder beschränkt: Mexiko/USA; Osteuropa/ Westeuropa; Westafrika hin zu den Küstenstaaten; West/Ostchina; Afghanistan/Pakistan; Südasien/Arabische Halbinsel usw.

Die Migrationsproblematik ist also kein globales, sondern ein regionales oder gar nur bilaterales Problem. Es gibt daher faktisch keine internationale Instanz, die sie in irgendeiner Art und Weise reguliert. Die Internationale Arbeitsorganisation setzt arbeitsrechtliche Mindestnormen, die in den einzelnen Nationalstaaten gelten (sollen). Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN achtet auf den Schutz politischer Flüchtlinge, wenn sie in einem anderen Staat aufgenommen wurden. Sie dürfen dann z.B. nicht abgeschoben werden, wenn sie politische Flüchtlinge sind.

Letztlich beschränken sich die Staaten, bzw. die EU darauf, die Arbeitsmigration mehr oder weniger repressiv – bis hin zu Zäunen – abzuwehren und kompensatorisch Entwicklungshilfe oder sonstige Vorteile für die Entwicklungsländer zu geben, deren Wirkungen jedoch auch sehr begrenzt ist. Das Asyl wird mittlerweile allgemein sehr restriktiv gehandhabt. Migration ist wohl auch ein ständiger Begleiter in der Geschichte der Menschheit, und zwar nicht nur doch, wo es Wohlstandsunterschiede gab und gibt. Die Inder reisten früher in das heutige Indonesien, um Handel zu treiben und sich dann dort niederzulassen und den Hinduismus auf Java zu verbreiten. Allerdings nahmen die Wanderungen zu, seitdem die starren, politisch kontrollierten Grenzen des Kalten Krieges wegfielen, auch durch die zunehmenden Zahl von Bürgerkriegen in Subsahara-Afrika als Folge der Tatsache, dass die dortigen Diktaturen nicht mehr vom Westen oder Osten (oder von beiden) finanziell und militärisch gestützt wurden.

### Ölmärkte

Das Ansteigen des Ölpreises auf (zeitweise) 70 \$ je Fass hat wieder ins allgemeine Bewusstsein gehoben, wie abhängig die westliche Industrieländer vom Öl ist. Mittlerweile richtet sich daher die NATO-Strategie auch auf die Sicherung der Ölzufuhrwege, da man es nicht erlauben kann, dass Demokratie und Souveränität durch wirtschaftliche Erpressung der Ölförderstaaten gefährdet werden. Impulse für die Ölpreisteigerungen sind 1. insbesondere die wachsende Nachfrage der neu industrialisierten Entwicklungsländer (insbesondere Rot-China); 2. das Erreichen einer Kapazitätsgrenze, und 3. – zu einem weitaus geringeren Maße – die Spekulation an den Ölbörsen auf zukünftig zu erwartende, höhere Ölpreise (was ja nicht die Preiserhöhungen selbst verursacht, sondern quasi nur zukünftige Preiserhöhungen quasi vorweg nimmt.) Die nur schwer vorhersehbaren Schwankungen am Ölmarkt seit dem israelisch-ägyptischen Krieg von 1973, als die Verweigerung von Öl als politische Waffe gegen den Westen eingesetzt wurde, hat dazu geführt, dass im Kontext der OECD (siehe Kap. ????) die Internationale Energieagentur der Industriestaaten eingerichtet wurde, die die Weltölmärkte beobachtet, Vorratshaltungen veranlasst und im Falle von Krisen und Engpässen die Versorgung der Betroffenen international organisiert – weitgehend auf einer informellen, aber effektiven Ebene.

84 Mio. barrel werden täglich weltweit verbraucht, davon die USA 20 Mio., China 6 Mio. und Deutschland 3 Mio. 2 Milliarden barrel werden noch als Weltölreserve vermutet.

Fast alle agrarischen und mineralischen Rohstoffe werden über Weltrohstoffbörsen gehandelt, vor allem in London, aber auch in den USA. Je nach Witterung und Ernte und je nach Förder- und Bergbaumöglichkeiten entwickeln sich die Preise, ggf. kann es zu ernsthaften Engpässen kommen. So war ein Goldmangel (und die dadurch bewirkte Geldverknappung) Mitursache für die Weltwirtschaftskrise von 1929. Trotz aller nicht zu bestreitenden Manipulationen und Spekulationen (durch starke Marktakteure) setzten sich langfristig die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage



durch, selbst an den Ölmärkten, die durch die OPEC (dem Kartell der Ölförderstaaten) zu steuern versucht werden – langfristig vergeblich, wie der Verfall der Ölpreise in den 1980er Jahren zeigt.

Auch Wasser wird zunehmend noch mehr zu einem knappen Gut, z.T. wird es auch in Entwicklungsländern eine Ware, für die man zahlen muss – Folge der zunehmend um sich greifenden Privatisierung der Wasserversorgung, die über höhere Preis für die ärmeren Schichten knapp wird. Das ist nicht nur ein Problem in den Wüsten- und Steppengebieten der Welt (die gesamte Erde umziehen ja zwei große Wüstenstränge nördlich und südlich des Äquators), sondern auch in Ländern wie Brasilien oder Indien. Es sollte nicht vergessen werden, dass der (industrielle) Reichtum der Nordamerika und Westeuropa auf einer hoch effizienten Landwirtschaft beruht, die von genügend Regen, fruchtbarem Boden und gemäßigten Klimata profitiert. Die Klimaerwärmung führt dazu, dass wohl 1/6 der Bevölkerung in Zukunft unter Wasserknappheit leiden könnten. (UN World Water Development Report 2003)

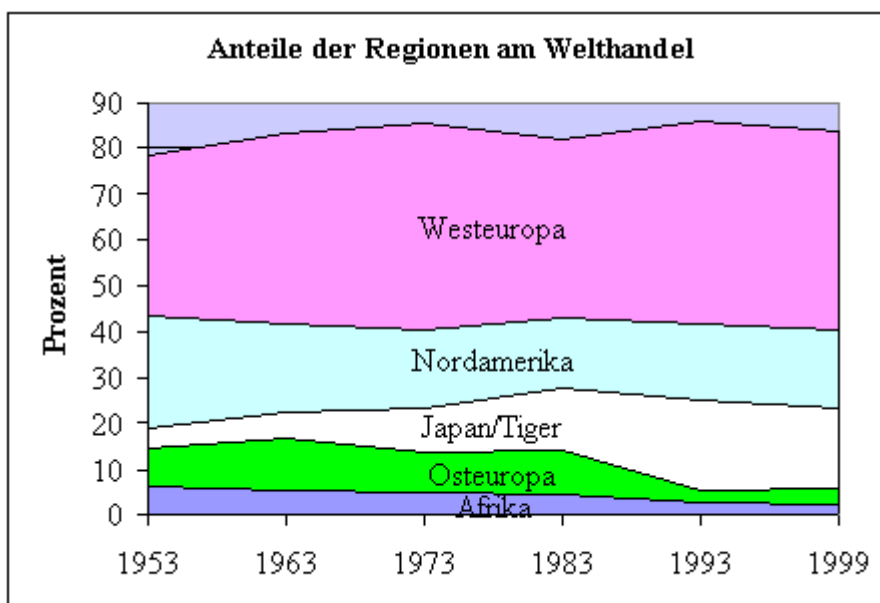
## Handel

Die neue ökonomische Machtverteilung zwischen den USA, EU; Japan, Brasilien und China kommt in der Verteilung der Welthandelsanteile zum Ausdruck:

Um dies richtig einschätzen zu können, bedarf es zunächst eines allgemeinen Überblicks über die Weltwirtschaftsstrukturen:

Der weltweite Handel betrug 2005 mehr als 11 Bio Dollar, dies unterteilt sich in:

- mehr als 6 Bio \$ (also fast die Hälfte) für gewerblich-industrielle Produkte
  - rd. 2 Bio \$ für agrarische und mineralische Rohstoffe (insbesondere Öl)
  - für Handelsdienstleistungen, vor allem Transport, aber auch Reisen: rd. 2 Bio \$
  - Seit 2000 wuchs der Welthandel mit Raten um 10% pro Jahr.
  - Der Welthandel macht rd. 25% des Weltbruttosozialproduktes von rd. 40 Bio \$ aus. (D.h. auch: Am wichtigsten sind immer noch die Binnenmärkte und deren nationale Konjunktoren, die ja auch in der EU nicht gleichläufig sind.)
  - Die Außenhandelsquoten gehen von 15% (USA) bis zu 30% (Deutschland)
- ([www.wto.org/english/res\\_e/statis\\_e/its2005\\_e/its05\\_general\\_overview\\_e.pdf](http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2005_e/its05_general_overview_e.pdf))



viadrina.eu-frankfurt-o.de/~wsgn1/anteil\_welthandel.gif

Die USA verlieren also an Bedeutung, Ostasien wird wichtiger.

Anteil von bestimmten Produkten und Rohstoffen am Welthandel 2004:

Maschinen 1 134 Mrd.\$

Elektronik/Telekom-	
-munikationengeräte	1134 Mrd.\$
Brennstoffe	933 Mrd. \$
Agrarprodukte	783 Mrd.\$
Chemikalien	729 Mrd.\$
Halb verarbeitete	
Produkte	633 Mrd.\$
Eisen und Stahl	266 Mrd. \$
Kleidung	258 \$
Pharmazeutika	247 Mrd.§
Textilien	195 Mrd.\$
Techn. Kontroll-	
instrumente	188 Mrd.\$
NE Metalle	172 Mrd. \$ (NE = nicht Eisen)
Erze u.a.	116 Mrd. \$
(siehe oben wto)	

Insbesondere ist die überragende Rolle der EU als Welthandelsakteur hervorzuheben, der ja in der Außenhandelspolitik mit 1 Stimme spricht. Dem folgt die USA und Japan und – schon größer als Japan – die sechs ostasiatischen „Tiger“ (Thailand, Taiwan, Südkorea, Singapur, Philippinen, Malaysia, China). Lateinamerika ist als Gesamtheit auch eine Größe, durchaus auch schon mit rd. 2/3 der Exporte in Form halb- und voll verarbeiteter Güter. D.h. in Lateinamerika sind die Länder schon weitgehend industrialisiert, wenn auch mit den bekannten Armutproblemen, wie es sie ja auch in den Frühphasen der Industrialisierung im Europa des vorletzten und letzten Jahrhunderts gab.

D.h. die USA können weltwirtschaftlich nicht mehr wie in den 50er und 60er Jahren allein handeln, sondern sie bedürfen der Duldung und Unterstützung auch anderer Staaten, insbesondere der EU, Deutschlands, Frankreichs, Englands, Japans und ggf. – je nach Fall - auch Chinas, der ostasiatischen Tiger und der großen Entwicklungsländer / Schwellenländer / Ölländer (Brasilien, Mexiko, Indien, Saudi-Arabien).

Die durch diese unterschiedlichen und auch entgegen gesetzten Entwicklungen kommt es zu erheblichen Konflikten, die sich u.a. in den Verhandlungen der WTO niederschlagen. Hier gibt die Doha-Verhandlungsrunde seit 2001 die Themen vor. Grundlage der Verhandlungen ist der Liberalisierungsgedanke, der auch von den armen Ländern nicht bezweifelt wird. In der 3. Welt will man allerdings einen wirklich liberalen Zugang zu den Märkten des Nordens, die sich z.T. noch protektionistisch abkoppeln. (Agrarmarkt der EU, Stahlmarkt in den USA z.B.) Mit den entwicklungs- und umweltbezogenen Themen will sich die WTO vor allem beschäftigen, weil zuvor die WTO-Verhandlungen in Seattle 1999 am Widerstand der (großen) Entwicklungsländer und zahlreicher, auch gewaltsamer Organisationen der „Zivil“gesellschaft gescheitert sind. Bisher ist sie in mehreren Verhandlungen zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen. Hindernis war die Frage des (z.T. geschützten) Zugangs zu den EU-europäischen, US-amerikanischen und japanischen Agrarmärkten für die großen Reis-, Zucker und Sojaproduzenten usw. der 3. Welt (Brasilien, China u.a.), d.h. vorrangig für die Schwellenländer, nicht für die Ärmsten der Armen, den Staaten Subsahara-Afrikas, die – wie die Tabelle aufzeigt – auch kaum in den Welthandel integriert sind.

Die nördlichen Agrarmärkte werden durch Zölle und staatliche Unterstützungen abgeschottet.

Auch die den Entwicklungsländern zugesagte Produktion von Medikamente ohne Zustimmung, bzw. Zahlung der erforderlichen Patentgebühren an die Pharma-Industrie scheiterte bisher am Widerstand der Vereinigten Staaten.

#### Ausländische Währungen (Devisen)

Die Machtverhältnisse in der internationalen Währungspolitik haben sich mit der Einführung des Euro 1999 geändert: Nun werden 25% der Weltdevisenreserven in Euro gehandelt, 66% allerdings weiterhin in \$. Die Bedeutung des Dollars sinkt, auch wenn sie noch erheblich ist. Die nationale Verteilung der Weltdevisenreserven in \$ im Jahr 2004 ist u.a. folgender Auflistung zu entnehmen: Japan 900 Mrd. \$; China 800 Mrd. \$; Süd-Korea 200 Mrd. \$; Taiwan 250 Mrd. \$. Das sind 60% der (staatlichen) Weltdevisenreserven in Höhe von 4 Bio. \$. Diese hohen Devisenreserven sind dadurch entstanden, dass die ostasiatischen Staaten Dollar aufkaufen, um eine Aufwertung ihre eigenen Währungen zu verhindern, denn deren Unterbewertung ermöglicht ihre starken Exporte in den USA.

Da sie die Dollars in amerikanischen Staatsanleihen anlegen, finanzieren die ostasiatischen Staaten das us-amerikanische Zahlungsbilanzdefizit. Aber eine solch unausgeglichene Lage ist immer gefährlich, so z.B. wenn Rotchina eines Tages die Währungsabhängigkeit der USA politisch instrumentalisieren würden und "Zahlung" verlangt. 2004 betrug der durchschnittliche Tagesumsatz an den Weltdevisen- und derivatenmärkten (Derivate = Spekulation mit Zukunftswerten von Devisen z.B.) 1,4 Bio. \$, damit hatte er sich gegenüber dem Jahr 2001 verdreifacht. (Österreichische Nationalbank, Statistiken Q4/04, S. 19, eigene Berechnung)

Solche Problemlagen führten zu den Asien- und Rußlandkrisen der Jahre 1997 und 1998 und zu weiteren Währungs-Krisen in Lateinamerika während der gesamten 80er und 90er Jahre: Kapitalfluchtbewegungen (aufgrund irgendeiner Verunsicherung der Kapitalbesitzer), mit den Folge-Krisen von Arbeitslosigkeit und Desinvestition – eben weil sich die ausländischen Anleger der Profitabilität ihrer Anlagen nicht mehr sicher sind und daher zu sichereren Standorten fliehen. Die G7/8 – Staaten haben daher die Ostasiaten mehrmals aufgefordert, gesteuert aufzuwerten, ohne dass dem bisher gefolgt worden wäre. Denn dann eine evt. doch notwendiges, abruptes und hohes Aufwerten kann die ostasiatischen Exporte gefährden (weil die Waren teurer werden) und damit die Fabriken dort in die Pleite treiben. Folge: Kapitalflucht aus Angst vor diesen Verlusten.

Es fehlt eben gegenwärtig ein international-monetäres Regelsystem, das die wichtigen Handels- und Währungsländer gemeinsam teilen, wie es in den 50er und 60er Jahren der Fall war. Mit dem Verlust der amerikanischen Vorherrschaft ging auch dies gemeinsame Regelsystem des IWF verloren (z.B. in Form fester Wechselkurse, die Kalkulations-Sicherheit für die Betriebe versprochen), es wurde nur zeitweise und teilweise Mitte der 80er Jahre wiederbelebt (Plaza Agreement).

Auf den Börsen der Welt werden täglich 1,4 Bio \$ Devisen gehandelt, hier verdient man an den Wertunterschieden (auch Zinsdifferenzen) zwischen Währungen, was zu erheblichen Fluktuationen und wirtschaftlichen Krisen führen kann: Asien-Krise, Russland Krise, so wenn von einem auf den anderen Tag erhebliche Geldmenge aus einem Land abgezogen werden. Der Finanzmakler Soros konnte 1993 die britische Regierung zu einer Abwertung zwingen und Milliarden verdienen.

Die Devisen sind mittlerweile zum Großteil in privatem Besitz, so dass die Notenbanken und der IWF sie kaum noch zu steuern in der Lage sind. Potentiell gefährlich sind auch die Schulden der Entwicklungsländer in Höhe von 2,3 Bio. \$ im Jahre 2005.

#### Weltpolitische Wirtschafts-Organisationen

Regional ist die Welt – wenn man so will – recht geordnet – und damit stabil: Es gibt die EG, die Krieg verhindert; in Nordamerika die große Freihandelszone der NAFTA zwischen Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko; in Südostasien führt die ASEAN die Staaten um Indonesien (ohne Australien) wirtschaftlich ansatzweise zusammen und versucht auch, eine gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln. Der islamische Raum und Schwarzafrika sind weniger organisiert: in Ost- und Westafrika gibt es wirtschaftliche Integrationsprojekte, deren Erfolg man erst abwarten muß, nachdem frühere Integrationsgebilde in der Zeit nach der Unabhängigkeit an Krieg und Bürgerkrieg wieder zerfallen sind. Zwischen den Großen in Asiens (Indien, China, Japan) gibt es keine Koordinationsgremien – hier gelten die Mechanismen traditioneller Machtpolitik. Auch Lateinamerika ist (bis auf den Mercosur vor allem zwischen Brasilien und Argentinien) faktisch wenig international-regional strukturiert (auch wenn es rhetorisch viele Aktivitäten gibt), ohne dass das aber zu größeren Kriegen führen würde. Hier bevorzugt man den Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Die großen Probleme der Weltwirtschaft, wie die starken und globalen Schwankungen und Bewegungen auf den Weltfinanz-, Kapital- und Devisenmärkten zeigen, können aber nur durch (fast) weltweite Institutionen bewältigt oder zumindest angegangen werden. Hier ist zunächst die UN in den Blick zu nehmen, die aber durch eine doppelte Schwäche gehindert ist:

Einerseits durch die Vorherrschaft der 3. Welt-Staaten in den UN-Vollversammlung, die zwar die Interessen der reichen Industrienationen einfach überstimmen, aber dann wenig bewirken kann, da diese solche Beschlüsse einfach ignorieren. (Man denke an die Deklarationen der UNCTAD und der UN aus den 70er Jahren, wie z.B. die, 25% der Industrieproduktion bis zur Jahrtausendwende in die 3. Welt zu verlagern; oder einen Weltrohstofffonds einzurichten, der die Rohstoffpreise auf einem bestimmten Niveau gegen den Markt, durch staatliche (Zwangs-)Aufkäufe stabilisieren sollte. Das wurde nicht verwirklicht, zumal die 3. Welt in den 80ern durch enorme Verschuldungen aktionsunfähig wurde.) Andererseits allgemein durch die geringe Durchsetzungsfähigkeit der UN: Nur

wenn die Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat zustimmen, sind z.B. wirtschaftliche Sanktionen gegen bestimmte Mitgliedstaaten (früher Irak, Rhodesien, Republik Südafrika z.B.) möglich. Und die werden dann oft auch noch durch illegale Aktivitäten von Exporteuren umgangen (die in der Exportnation Deutschland bis in die 90er Jahre geduldet wurden, erst auf Druck der USA hin verschärfte man dann das Außenwirtschaftsgesetz.)

Weltwirtschaftlich effektiv tätig sind – wenn auch begrenzt - vor allem vorrangig die G8, der IWF und die Weltbank aktiv. (Kap. ???). Auf dieser Ebene werden die politischen Grundsatzentscheidungen getroffen, zuweilen nur symbolisch, d.h. ohne Wirkung und Umsetzung, oft aber auch mit tatsächlichen Auswirkungen, so z.B. 1978, als Deutschland durch den Weltwirtschaftsgipfel zur „Lokomotive zur Ankurbelung der Weltwirtschaft“ bestimmt und infolgedessen z.B. der Entwicklungshaushalt der Bundesregierung stark aufgestockt wurde. Auf dieser Ebene wird auch versucht, die Zins- und Geldpolitiken der Zentralbanken abzustimmen oder Schwerpunktgebiete der wirtschaftlichen Entwicklung festzulegen (z.B. die russischen Koordinationsbemühungen während des G 8 – Gipfels 2006, die Energiepolitiken abzustimmen, insbesondere die Konkurrenz der Energiekonzerne zu regulieren, bzw. deren Zugangsbedingungen zu Fremdmärkten zu erleichtern – hier allerdings vorerst mit wenig Erfolg.)

#### Entscheidungsprozesse in Weltpolitik und Weltwirtschaft

Politische Grundsatz-Entscheidungen:

G7/8 (Grundsatzentscheidungen), UN-Gipfel (Millenium-Ziele z.B.)  
IWF, Weltbank (z.T. Grundsatzentscheidungen)

.  
.  
.

Durchführung:

OECD, BIZ, ILO (Geheimdienste)  
hier auch z.T. IWF und Weltbank

#### Gegenbewegungen

Attac u.a., Gipfel der islamischen Welt, OPEC, Mafias, Al Kaida

---

G7/8: Weltwirtschaftsgipfel (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland, Japan, Russland)



[hanisauland.de/img/db/illu\\_g-acht\\_200\\_185.gif](http://hanisauland.de/img/db/illu_g-acht_200_185.gif)

Als das Dollar- und Goldgestützte Weltwährungssystem zu Beginn der 70er Jahre infolge der Inflation des Dollars zusammenbrach und die einzelnen Währungen z.T. krisenhaft (abrupte Auf- und Abwertungen von DM, \$, Franc usw.) sich frei auf den Märkten in ihren Preisen entwickelten, schufen die sieben wichtigen Industriestaaten quasi eine Ersatzinstitution in Form der Weltwirtschaftsgipfel (mittlerweile inklusive Russlands). Aktueller Anlaß war 1975 die Gefahr, dass die Weltwirtschaft wie

1929 „abstürzt“, denn die erheblichen Erdölpreissteigerungen seit 1973 hatten die Wirtschaften derart belastet, dass Investitionen unterblieben und das Bruttosozialprodukt sogar real sank. Daher war eine der ersten großen Aufgaben dieser Institution, die nationalen Konjunkturpolitiken derart zu koordinieren, dass insgesamt die Wirtschaft wieder florieren würde, u.a. durch staatliche Konsum- und Investitionsförderungen. Anfangs wurde der Apparat dieser Gipfel bewusst klein gehalten, damit unter den Chefs selber ohne die ständigen Bedenken der Berater und Juristen im kleinen Kreise entschieden werden konnte. So ist es zwar nicht mehr, aber der Apparat ist immer noch vergleichsweise klein: die alljährlichen Treffen werden reihum von den Mitgliedsstaaten und deren nationalen Bürokratien vorbereitet, wobei sie sich mit spezifischen Beauftragten der anderen (den sog. Sherpas) abstimmen und gemeinsame Positionen zu entwickeln versuchen. Das hat Vorteile, aber auch den Nachteil, dass persönliche Differenzen zwischen den Regierungschefs und Präsidenten um so vehementer aufeinanderprallen können. Bekannt sind die Animositäten zwischen US-Präsident Carter und Bundeskanzler Schmidt.

2004	Bevölkerung		BNE	
	Mio.	%	Mrd. \$	%
Welt	6345,1	100,0	39833,6	100,0
USA	293,5	4,6	12150,9	30,5
Japan	127,8	2,0	4749,9	11,9
Deutschland	82,6	1,3	2489,0	6,2
Vereinigtes Königreich	59,4	0,9	2016,4	5,1
Frankreich	60,0	0,9	1858,7	4,7
Italien	57,6	0,9	1503,6	3,8
Kanada	31,9	0,5	905,6	2,3
Russland	142,8	2,3	487,3	1,2
G8	855,6	13,5	26161,4	65,7

[http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe\\_der\\_Acht](http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_der_Acht)

Jeder Gipfel hat ein spezifisches Schwerpunktthema. Das sind nicht nur wirtschaftliche Themen. Zunehmend signalisiert der Gipfel auch bestimmte koordinierte Aktionen in außenpolitischen Fragen, bis zu Drohungen an den Iran im Jahre 2006 wegen dessen atomarer Aufrüstung. Entscheidungen können nur einvernehmlich getroffen werden, aber bei gemeinsamen Interessen (z.B. gegen den Terror) ist das durchaus möglich. Gespräche und Absprachen können sogar sehr detailliert werden, wie z.B. die Kontroverse zwischen Schmidt und Reagan über die einzelstaatlichen Exportförderungssysteme. Die USA verdächtigten die deutsche Hermes-Exportförderungen durch Bürgschaften einer indirekten Subventionierung der deutschen Exporteure zu Lasten der anderen. Die Vorbereitungen durch die Bürokratien verlaufen sachorientiert, was auch Einigungen erleichtert. Interessengegensätze können natürlich nicht wegdiskutiert werden (z.B. die Öffnung des russischen Marktes, wenn Putin es im Interesse „seiner“ Wirtschaft nicht für opportun hält.)

## OECD

Da ist zunächst die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu nennen, die zwar nicht weltweit ist und insbesondere nur (europäische und nordamerikanische) Industriestaaten (inklusive Mexiko) + Japan + Neuseeland umfasst, aber doch für die Weltökonomie von Bedeutung ist. Denn auch diese Weltökonomie ist vom nordatlantischen Verhältnis bestimmt. Hier liegt der Motor der Weltwirtschaft, hier finden 2/3 aller Transaktionen statt, hier liegen die großen Rohstoffbörsen und internationale Bank.

Die OECD ist 1961 aus der OEEC hervorgegangen, einer Organisation vor allem westeuropäischer Länder zur Verteilung und Organisation der Marshall-Plan-Kreditmittel und zur Durchführung der mit diesen gekoppelten binnen- und außenwirtschaftlichen Liberalisierungen der 50er Jahre (u.a. Zollsenkungen). Ziel der OECD ist die Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, um die Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken abzustimmen – und zwar vor allem auf der administrativen Ebene der Zusammenarbeit der hohen und fachlich qualifizierten Ministerialbeamten im jeweiligen Politikfeld. Diese Bedingung erleichtert natürlich die Zusammenarbeit auf der Grundlage sachlicher Entscheidungen ohne politische Ideologie und parteipolitische Konkurrenz – trotz des allgemeinen Grundsatzes einstimmiger Entscheidungsfindung. (Stimmhaltungen gelten allerdings nicht als Hindernis einer Entscheidung.)

Oberstes Organ der OECD ist der Rat, in dessen Rahmen sich ein Mal jährlich die Minister treffen. Ansonsten kommen die ständigen Vertreter (= Botschafter) zusammen. Dazu kommen eine Reihe fachspezifischer Ausschüsse, in denen ggf. auch Nichtmitglieder beteiligt werden. Die Organisation wird geführt von einem Generalsekretär.

Der OECD angehängt ist die Internationale Energieagentur (IEA), das in Krisenfällen ein Koordinationszentrum ist, um – durch informelle Kooperation und stillschweigendes Einverständnis - die Rohölreserven in die Not leidenden Industriestaaten zu steuern. Dazu kommt das Ziel rationellerer Energienutzung und der Entwicklung von Alternativen zum Öl. Vertreter sind die Energieminister der Mitgliedsstaaten. Es wird meist konsensual abgestimmt, obwohl ein gewichtetes Stimmverfahren vorgesehen ist. Die IEA-Staaten müssen gemäß eines Notstandsprogramms Ölmindestreserven für mindestens 90 Tage unterhalten. Frankreich ist wegen (anti-amerikanischer) Souveränitätsvorbehalte und seiner Sonderbeziehungen zur arabischen Welt nicht Mitglied der IEA.

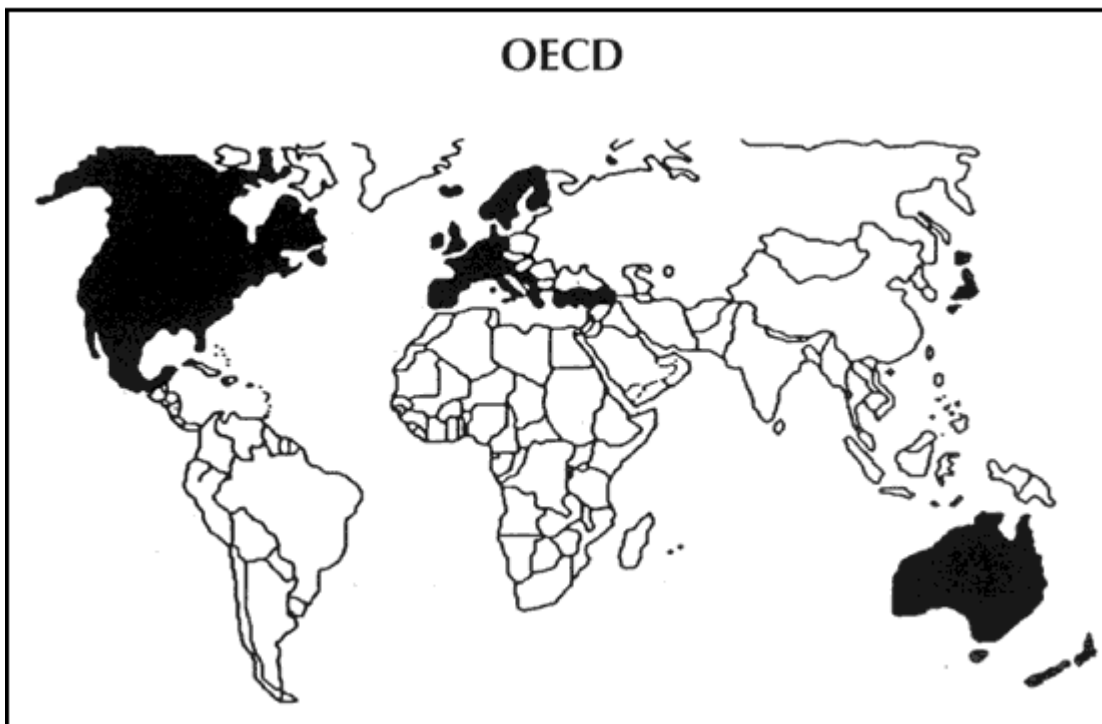
Alle OECD-Institutionen sind bekannt durch ihre grundlegenden statistischen Informationsaufbereitungen, die Basis der Empfehlungen und Entscheidungen von vertraulich tagenden, kleinen Runden sind. Hier gilt noch das gute Argument, zumal man von einem gemeinsamen, volks- und betriebswirtschaftlichen Wissenshorizont ausgehen kann.

Die Entscheidungsfindung in der OECD erfolgt über fachliches Einverständnis auf der Grundlage des Vergleichs der nationalen Daten, denen man (angeblich) entnehmen kann, welches Land am besten ist und welche nicht, z.B. hinsichtlich der Ausgaben für Forschung oder der Kenntnisse von Schülern, die verglichen werden. Diese Ergebnisse wirken zuweilen in den nationalen Öffentlichkeiten (man denke in Deutschland nur an die Pisa-Schocks zu Beginn des neuen Jahrhunderts) und können so von der nationalen Regierung instrumentalisiert werden, Reformen auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Z.B. werden über den Entwicklungshilfe-Ausschuss DAC (= Development Assistance Committee) die Bedingungen für die einzelstaatlichen Entwicklungshilfe-Kreditprogramme abgestimmt, u.a. hinsichtlich der Kreditzinsen, so dass man sich nicht wechselseitig im Wettbewerb um Aufträge der 3. Welt unterbietet. Überhaupt wurden Verhaltenskodices für verschiedene Politik-, Wirtschafts- und Währungsbereiche entwickelt (auch z.B. gegen den Protektionismus), neue Trends (z.B. weg vom Keynesianismus, hin zur Liberalisierung) wurden in der OECD deutlich. Mit dem „Zentrum für die Kooperation mit europäischen Volkswirtschaften im Übergang“ von 1990 wird die westliche Hilfe für Osteuropa koordiniert.

Im Umfeld der OECD sind auch der Pariser (P) und der Londoner (L) Club anzusiedeln, in denen sich internationale, öffentliche (P) und private (L) Kreditgeber informell organisiert haben, um in Zusammenarbeit mit dem IWF Umschuldungen mit hoch verschuldeten Staaten zu verhandeln. Von 1949 bis 1992 gab es zudem in diesem Zusammenhang das Cocom, das Coordinated Committee, das den Export hochsensibler, militärnaher Technologien der westlichen Industriestaaten in die kommunistischen Diktaturen möglichst koordiniert verhindern wollte und dazu Listen erstellte, auf denen die verbotenen Produkte und Produktteile aufgelistet waren. Der Streit in diesem Komitee ging stets darum, dass die USA restriktiver waren als West-Europa, das am Handel mit dem Ostblock interessiert war.

Cocom wurde abgelöst vom Wassenaar-Abkommen von 1994 mit ähnlichen Aufgaben. Problem war und ist auch, dass viele Güter sowohl militärisch als auch nicht-militärisch genutzt werden können (dual use – Problem).



Die OECD-Mitgliedstaaten, zwischen denen (heute) ein Krieg nicht mehr vorstellbar ist

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Die BIZ, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ist der stille Ort der Kooperation der Zentralbanken der westlichen Welt: öffentlichkeitsscheu und deshalb wichtig. Die Zentralbanken haben die Aufgabe, die Geldmenge und die Preisentwicklung ihrer Volkswirtschaft insbesondere durch die Höhe von Zinssätzen und durch die Geldversorgung des Bankenapparates (u.a. sog. Mindestreserven) zu bestimmen. Da diese Volkswirtschaften sich immer mehr verflechten, hat jede nationale (oder EU-europäische) Zinsfestlegung internationale Auswirkungen, indem beispielsweise eine Zinserhöhung der amerikanischen Federal Reserve Kapital in die USA anzieht und ggf. andere Volkswirtschaften wegen Kapitalmangels in eine Rezession treibt. Solche Effekte sollen im Interesse aller Industrieländer, es sei denn, sie sind politisch bedingt und Folge einer der diversen europäisch-

amerikanischen Spannungen (z.B. der anti-amerikanischen Außen-, Wirtschafts- und Währungspolitik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle). In solchen Fällen politischer Differenzen können auch die Notenbanken nur begrenzt entgegenwirken, auch wenn sie formell von den Regierungen in ihren Entscheidungen (nicht bei ihrer Ernennung) unabhängig sind.

Die BIZ ist hinsichtlich ihrer stimmberechtigten Aktionäre ähnlich zusammengesetzt wie die OECD, allerdings plus den Goldproduzenten Republik Südafrika. Auch Private können Aktien dieser AG erwerben, sind aber nicht stimmberechtigt. Die internationale Bank wurde 1930 zur Regelung der Reparationsschuld Deutschlands gemäß des Young-Planes gegründet. Die BIZ ist wie eine Aktiengesellschaft aufgebaut, Aktionäre sind die beteiligten Zentralbanken, die die Aktionärsversammlung für die grundsätzlichen Entscheidungen bilden. Sie wählt auch den „Board of Directors“ mit seinem „Chairman“. Aufgabe ist u.a. – neben der Koordination – der Hilfe für devisenknappe Zentralbanken durch Kredite. U.a. während der Währungskrisen der 80er Jahre, insbesondere der Verschuldung und dem faktischen Konkurs Mexikos 1982, trat die BIZ als die „Feuerwehr“ auf, die die Mittel für neue Kredite an Mexiko organisierte, um den Zusammenbruch des Landes und eine evtl. darauf folgende Destabilisierung der Weltwirtschaft wie 1929 zu verhindern. Durch Regionalbüros in aller Welt sucht die Bank sich darüber hinaus mit den überseeischen Zentralbanken zu koordinieren. In Entwicklungs- und Transformationsländern leistet die BIZ auch Aufbauhilfen (Beratung, Kredite) für ein neues, marktwirtschaftliches Bankensystem. Die Zusammenarbeit mit dem 10er Club des IWF ist ohnehin eng.

Prominentes Beispiel für die Koordinationstätigkeit der Bank sind die Basel-Richtlinien, die von ihr entwickelt wurden und von allen westlichen Staaten in Gesetze umgeformt wurden. Sie sehen höhere Mindestkapitalbedingungen für die Vergabe von Krediten der Banken an Unternehmen vor, um Bankenkollapse der Vergangenheit zu verhindern. Die mittelständischen Industrien mit geringerer Kapitaldecke fürchten diese Richtlinie, weil sie die Vergabe von Krediten für sie sehr erschwert. Hier wird deutlich, wie entscheidend diese internationalen Institutionen in die interne Wirtschaft eines Landes eingreifen können.

OPEC, Gipfel islamischer Staaten

Die OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries) ist ein Kartell der Öl fördernden Staaten, dessen Mitglieder z.T. mit den Staaten den „westlichen“ OECD-Staaten zusammenarbeiten (Saudi-Arabien z.B.), z.T. aber auch nicht (Iran, Venezuela, Irak bis zum Jahre 2003). Das Kartell ist nicht vollständig, da es nur über rd. 40% der Weltölmenge verfügen kann – und zudem noch meist unter sich zerstritten ist, wie an der pro/kontra-westlichen Differenz aufgezeigt wurde. Oft ist auch ein hoch angesetzter Ölpreis gegen Marktkräfte nicht durchzusetzen, wie in den 80er Jahren zu erfahren war, so wenn die Verbraucher angesichts hoher Preise zu sparen beginnen und die Staaten Alternativenergien entwickeln und fördern (Wind, Wasser, Biomasse usw., auch besserer Kälteschutz von Gebäuden). 1974 wurden auch die Ölkonzerne vor Ort verstaatlicht. Aber 1973 und 1979 hat die OPEC durch ihre abrupten Preiserhöhungen zu Wirtschaftskrisen in den Industriestaaten geführt, die nur mühsam überwunden werden konnten und letztlich auch den Ölländern schadeten, da sie in die Industrieländer exportieren – nun durch die Wirtschaftskrise sank auch der Ölabsatz, was wiederum zu Krisen in den Ölländern führte, da ihre Planungen von weitaus höheren Einnahmen ausgingen, als nun zur Verfügung standen. Durch die starke Nachfrage Chinas und anderer, stark industrialisierender Staaten steht der Ölpreis im Jahre 2006 bei 70\$ pro Barrel, was die Industrieländer energisch nach höheren Fördermengen fordern ließ.

Auch der Gipfel der Islamischen Staaten, wie er u.a. vom türkischen Ministerpräsidenten Erbakan in den 90er Jahren initiiert wurde, war als Gegengewicht gegen den „Norden“ geplant, blieb aber weitgehend folgenlos, da die Unterschiede zwischen diesen Staaten zu groß waren (Nato-Mitglied Türkei versus das afrika-orientierte, „linke“ Libyen versus das konservativen und französischsprachige Marokko + Indonesien am anderen Ende der Welt mit anderen Ausrichtungen und Problemen usw.). Außerdem ist es für all diese Staaten lukrativer, mit den reichen Industrienationen Europas und Nordamerikas zusammenarbeiten, als mit den zwar islamischen, aber großteils armen Nachbarn und Glaubensbrüdern.





OPEC-Mitglieder, d.h. die westlichen oder westlich orientierten Ölförder-Länder Mexiko, Norwegen und Großbritannien gehören nicht der OPEC an.

#### Geheimdienste (Waffen), Mafias (Drogen) und Steueroasen

Der z.T. von Geheimdiensten organisierte, internationale Waffelhandel (formell und informell) macht rund 1% des Welthandels aus (60 Mrd. \$) und ist somit ein Faktor, der durchaus ins Gewicht schlägt. (Sipri Jahrbuch 2006) Z.T. läuft er – wenn es um den Verkauf an NATO-Partner geht – fast wie der normale Export, das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft als Kontrollorgan muss jedoch eingeschaltet werden. Was und wie der informelle Handel über Geheimdienste oder die hier tätigen Mafias organisiert wird, entzieht sich der Kenntnis der Wissenschaft.

Ähnlich undurchschaubar ist der illegale internationale Drogenhandel: Schätzungen zufolge soll er bei 400 Mrd. \$ liegen. Untergrundteil der Weltwirtschaft wird weiter vergrößert

- durch gewisse „Ungenauigkeiten“ der Statistiken, auf denen die Zahlungsbilanzen beruhen (wer gibt schon gerne die volle Höhe seiner Schulden zu?)
- und durch die diversen Steueroasen, auf denen Kapital unerfaßt verschwinden kann. Hier schätzt man 10% des Weltbruttosozialprodukts.

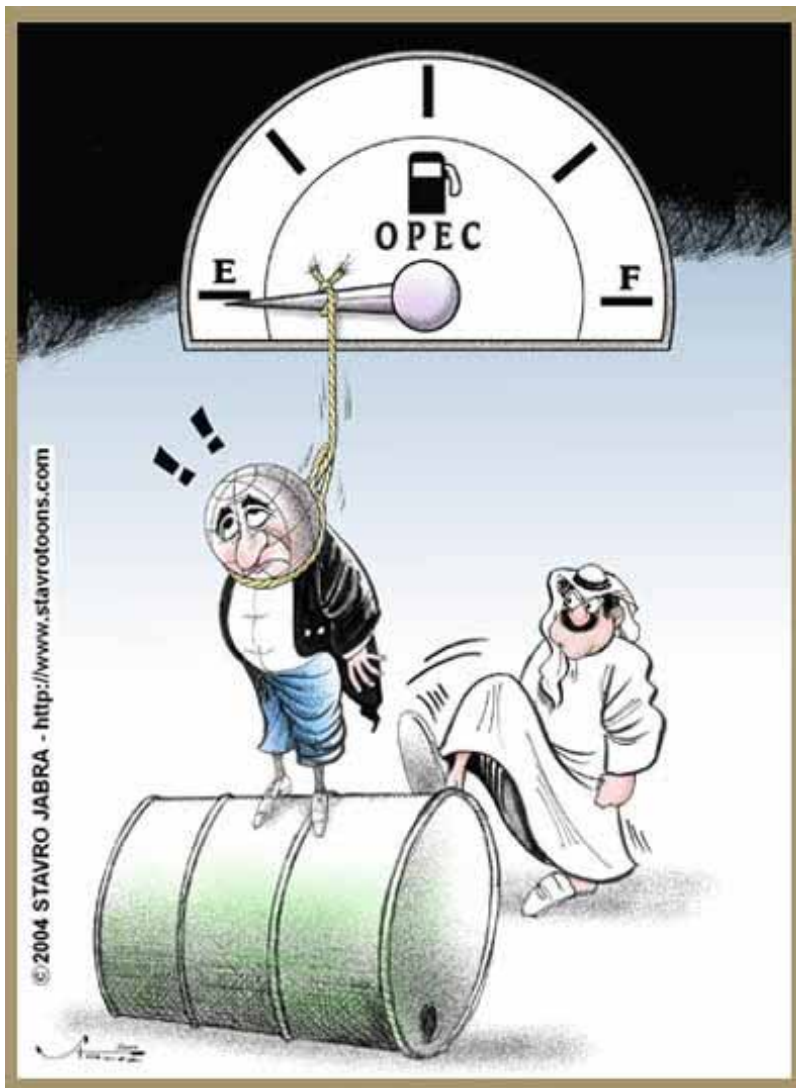


NGOs, attac

Die Bedeutung internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGO) und internationaler Bürgerinitiativen ist wichtig, wie ihre bürgerkriegsähnlichen Aktivitäten, aber auch Beteiligungen an Diskussionen in Seattle, Genua oder Hongkong zeigen. So kann eine Öffentlichkeit geschaffen werden, die Einfluss hat. Aber dieser Einfluss sollte auch nicht überschätzt werden. Regierungen kalkulieren ihn ein, die Probleme unterschiedlicher Interessen lösen sie nicht. Denn Regierungen haben sich vor den Arbeitslosen zu verantworten, die durch den weltwirtschaftlichen Liberalisierungsprozess arbeitslos werden – im Norden und im Süden – nicht die meist mittelständischen Mitglieder der NGOs.

Die basis-orientierte, dezentral organisierte Attac „Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens“ (100.000 Mitglieder in 50 Staaten) ist hier die bekannteste, die sich – wie der lange Namen zeigt – ursprünglich nur der Einführung der sog. Tobin-Steuer widmete, die auf internationale Kapitalbewegungen zu deren Eindämmung gelegt werden sollte. 2004 schlossen sich Schröder und Girac dieser Forderung an – zur Beruhigung dieser Szene –, jedoch das völlig folgenlos. Die Kritik der Organisation an der heutigen Form von Globalisierung ist jedoch geblieben, der vorgeworfen wird, nur zu Lasten der Armen in der Welt zu gehen, insbesondere in der Dritten und Vierten Welt.

Diese Globalisierungskritik geht in Teilen – ähnlich wie bei den frühen deutschen Grünen der 80er Jahre – bis zu Nation- oder Region- (EU) – betonten Forderungen einer (partiellen) Abkoppelung aus der Weltwirtschaft, um deren Druck auf die nationalen und regionalen Ökonomien zu reduzieren. Denn dieser Druck durch Konkurrenzdruck führt unbestritten zu Konkursen und Arbeitslosigkeit, wie wir sie auch in Deutschland seit den 60er Jahren wieder erleben: Kohle, Textilien, Stahl usw. Aber deshalb die nicht mehr wettbewerbsfähigen Betriebe des Ruhrgebiets mit vielen Subventionen oder gar mit Zöllen über Wasser zu halten, ist auf die Dauer nicht zu zahlen und international nicht durchzuhalten, wie die Kontroversen um den EU-Agrarsektor zeigen, der trotz Zollschutzes immer weiter schrumpfte und weiter schrumpfen wird. Letztlich müsste man sich ganz aus der Weltwirtschaft autarkistisch – bei Inkaufnahme von erheblichen Wohlstandsverlusten - verabschieden. Das könnte moralisch durchaus gerechtfertigt werden, denn zur abendländischen Tradition gehört die Erkenntnis, dass Armut (nicht Hunger) tugendhaft ist und frei macht. Ob dazu die Menschen schon bereit sind, ist zu bezweifeln.



### Möglichkeiten und Grenzen nationaler und internationaler Steuerung

Durch die weltweite Liberalisierung haben die staatlichen Einflüsse auf die Wirtschaft abgenommen. Ob damit auch die Steuerungsmöglichkeiten geringer geworden sind, kann nicht unbedingt bejaht werden. Denn die Steuerung in den vormalig vermehrt staatlich gesteuerten Wirtschaften war ja oft nur eine Schein-Steuerung, nicht nur im Ostblock, der wegen der Aufrechterhaltung nicht rentabler Produktionen Konkurs anmelden musste, sondern auch z.B. in der Bundesrepublik, in der der nicht rechtzeitige Abbau der nicht überlebensfähigen Kohleproduktion des Ruhrgebietes unnötig viel gekostet hat.

Gesteuert wird heutzutage weitgehend nur noch makroökonomisch und durch Festlegung von institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, das aber durchaus wirksam. Die Entstaatlichung und Deregulierung der Weltwirtschaft über die WTO und durch fast alle nationalen Regierungen verändert die Gesellschaften im Sinne des westlich-kapitalistischen, dezentral-privaten, marktwirtschaftlichen und konsumorientierten Lebensmodells – aber nur deshalb, weil die nationalen Eliten es wollen (Castro und & in Lateinamerika wollen es nicht <mehr>!). Dass durch die Einbindung in die Weltwirtschaft Zwänge entstehen können, denen sich nationale Regierungen nur noch unter Inkaufnahme von Verlusten entziehen können, ist klar, dennoch haben sich Regierungen dem entzogen (Iran in den 80er Jahren z.B.).

Allerdings werden weltweite Finanzkrisen mittlerweile durch gemeinsames Vorgehen der Nationalbanken und des IWF aufgefangen – durch Koordination gemäß des Einstimmigkeitsprinzips. Ähnlich wird in der WTO vorgegangen. Auch drohenden Konjunkturkrisen wird in den USA beispielsweise durch Staatsverschuldung entgegengewirkt – aber auf nationaler Ebene, oft ohne die

anderen Staaten zu fragen, z.T. sogar gegen sie (siehe Zinspolitik unter Präsident Reagan in den 80ern). Auch in der eng verflochtenen EU sind die Konjunkturen national begrenzt (Wachstum in Großbritannien bei gleichzeitiger Stagnation in Deutschland) Die Nationalstaaten sind weiterhin die zentralen Machteinheiten in jeder Hinsicht (siehe structural power Theorie von Susan Strange). Wo sind die Truppen der UN? Wo die Universitäten der Welterziehungsorganisation? Wo die Gewerbepolizei der WTO? Nur der IWF hat eigenes Geld und ist daher auch bedeutsam.

Denn weiterhin werden noch sensible Produktionen (Flugzeugbau) geschützt. Z.T. betreiben die Regierungen weiterhin eine (indirekte und verdeckte) merkantilistische Exportförderung (Steuervergünstigungen u.a.) Durch unterschiedliche Formen der Sozialhilfe können im Nordwesten der Welt die Folgen der Umstrukturierungen sozialpolitisch gemildert werden; schon in den Amerikas und erst Recht in Afrika und in Asien können vor allem Teile der unteren Mittelschichten – werden sie in eine liberalisierte, entstaatlichte Wirtschaft „entlassen“ – in tiefe Armut fallen, in denen die Armen schon immer steckten. Allerdings entstehen z.B. in Indien oder Brasilien auch neue Mittelschichten, die als Konsumenten neuer Industrien dienen können – vielleicht. Entwicklungshilfe ist hier nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, zumal deren wirtschaftspolitische Steuerungskraft sehr beschränkt ist: So hoffte man in den 80ern auf ein rasantes Wachstum in Lateinamerika; es kam aber in Südostasien, während Lateinamerika in einer immensen Verschuldungskrise versank.

Neuere theoretische Ansätze versuchen diese gemischte, national-internationale, intergouvernementale Interessen- und Tatsachenlage auf den Leisten der sog. „Global governance“ zu brechen. Das ist jedoch ideologisch im Sinne einer z.T. interessenbedingten Verkennung von Fakten oder Manipulation von Denkstrukturen. Es wird hier nämlich behauptet, dass es einen lockeren Zusammenhang von der lokalen über die nationale bis hin zu weltweiten (WTO z.B.) Regierungsformen gibt, u.a. bedingt durch das, was den Komplex aus Zivilgesellschaft (Bürgerinitiativen, NGOs) und mobilisierten Medien ausmacht. Einmal davon abgesehen, dass diese nicht repräsentativ und durch Wahlen legitimiert sind, wird ihr Einfluss in den Medien doch erheblich überschätzt. Eine bürgerkriegsähnliche Genua macht noch keine handlungsfähigen Akteur. Trotz NGOs geht der weltweite Liberalisierungsprozess fast ungebrochen weiter. Und dort, wo zu bremsen versucht wird, in einigen Staaten Lateinamerikas, ist das die Folge des gänzlichen Vertrauensverlust gegenüber dem bisherigen Parteiensystem (so insbesondere Venezuela unter dem Linksnationalisten Chavez seit 1998). Zwar müssen sich Multis mittlerweile auf evt. Kundenboykotte einstellen, aber das erfolgt über Marketingstrategien und über partielles Eingehen auf die NGO-Forderungen.

Resumee: Wir werden noch lange mit den Nationalstaaten leben müssen, die sich allerdings zu regionalen Großgebilden zusammenschließen werden (NAFTA, EU, ASEAN).